



Detailansicht des Registereintrags

Vitako Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT- Dienstleister e. V.

Aktuell seit 03.06.2026 08:56:45

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001238
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	03.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	03.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Charlottenstraße 65 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493020631560 E-Mail-Adressen: info@vitako.de Webseiten: www.vitako.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

500.001 bis 510.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

3,20

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Sören Kuhn**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **William Schmitt**
Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
3. **Lars Hoppmann**
Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender und hauptamtlicher geschäftsführender Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Daniel Sieberath**
2. **Indra Schepker**
3. **Julius Gmeinwieser**
4. **Dipl. Ing. Daniel Grimm**
5. **Aboli Lion**
6. **Ariane Derks**

Gesamtzahl der Mitglieder:

61 Mitglieder am 23.04.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (8):

1. Allianz für Cybersicherheit
2. Initiative D21 e. V.
3. Mayor Cities of Europe IT-Users Group e.V.
4. EURITAS European Association of Public IT Service Providers
5. Deutscher Städte- und Gemeindebund
6. ProVitako e.G. Marketing- und Dienstleistungsgesell. der Kommunalen IT-Dienstleister eG
7. NEGZ- Kompetenznetzwerk Digitale Verwaltung
8. Deutsche Gesellschaft für Personalführung

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik";

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

VITAKO ist die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. Aktuell 61 ausschließlich öffentlich-rechtliche Dienstleister (Rechenzentren, Software- und Serviceunternehmen) bündeln in Vitako ihr Know-how. VITAKO bietet Erfahrungsaustausch und Networking und erarbeitet Empfehlungen und Stellungnahmen für Mitglieder, die Fachöffentlichkeit und politische Entscheidungsträger. Der Verein berät und unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in allen Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik. Zentrale Themen dabei sind die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, die Wahrung der Digitalen Souveränität, die Nutzung von Daten, Gewährleistung von Cybersicherheit und die Unterstützung von Kooperationen aller föderaler Ebenen in der Verwaltungsdigitalisierung.

Wir erarbeiten in Arbeitsgruppen und Gremien Stellungnahmen, Positionspapiere, Infobriefe und politische Forderungen mit dem Ziel einer praxisnahen und wirtschaftlichen Leistungserbringung für Kommunen. Hierzu organisieren wir zur Unterstützung politische Empfänge, Messeauftritte, Fachkonferenzen und -kongresse und Gespräche zum Austausch unserer Mitglieder mit politischen Entscheiderinnen und Entscheidern auf allen Ebenen.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. **Praxistaugliche Ausgestaltung des Durchführungsgesetzes der KI-Verordnung (AI Act) auf nationaler Ebene**

Beschreibung:

Berücksichtigung der Interessen kommunalen IT-Dienstleister bei der Umsetzung der europäischen KI-Verordnung (AI Act). Wir fordern, folgende Punkte zu berücksichtigen, um KI in der Verwaltung effektiv in den Rollout zu bekommen:

- Erweiterte Kompetenzen der Marktüberwachungsbehörde zur Schaffung praxisnaher Checklisten und zentralem Wissensmanagement.
- Kostenlosen Zugang zu KI-Reallaboren für Kommunen und IT-Dienstleister zur ressourcenschonenden Erprobung, Kosten-Nutzen-Kategorisierung und Zertifizierung von KI-Projekten.
- Nachhaltige KI-Anwendungen mit langfristiger Anpassung an technologische Rahmenbedingungen und energieeffiziente Nutzung sowie Souveränität von KI-Systemen fördern.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für

künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (Gesetz zur Durchführung der KI-Verordnung) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 12.09.2025

Federführendes Ministerium: BMDS [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502050013 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Aufnahme kommunale Verwaltungs-IT in Entwurf NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz

Beschreibung:

VITAKO setzt sich dafür ein, dass die kommunale Verwaltungs-IT als kritische Infrastruktur / wichtige Einrichtung klassifiziert wird und Kommunen einheitlich die Vorgaben des NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes umsetzen müssen. Dafür müssen sie von Bund und Ländern mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#);
Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2502070001](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **BSI zur Zentralstelle auszubauen, um Unterstützung für Kommunen zu ermöglichen**

Beschreibung:

VITAKO setzt sich dafür ein, dass das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zur Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis ausgebaut wird. Dies soll so geschehen, dass auch Kommunen und ihre Dienstleister Zugang zu allen relevanten Cybersicherheits-Informationen des BSI erhalten sowie regulär uneingeschränkte Unterstützung des BSI bei Cyberangriffen erhalten können.

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2009 [\[alle RV hierzu\]](#); GG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#);
Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2502070002](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. **Konkretisierungen im Vergabebesleunigungsgesetz/GWB**

Beschreibung:

VITAKO setzt sich insbesondere für eine Klarstellung und die Auflösung von Rechtsunsicherheiten im Bereich der Rechtsfragen zu „Ausnahmen bei öffentlich-öffentlicher Zusammenarbeit“ im §108 GWB ein. Ziel ist eine gelingende und effiziente Verwaltungsdigitalisierung. Gerade das Prinzip der arbeitsteiligen Organisation innerhalb des föderalen Bundesstaats und eine problemlose Nachnutzung von EfA-Leistungen für die Umsetzung des OZG beruhen auf der Notwendigkeit einer effizienten Vergabe im öffentlichen Sektor.

Vor diesem Hintergrund begrüßt VITAKO in einer eigenen Stellungnahme im Großen und Ganzen den vorliegenden Entwurf zum Vergabebeschleunigungsgesetz, insbesondere mit Blick auf geplante Änderungen in §108 GWB und fordert an einigen Stellen Nachbesserung und Präzisierung.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/14344 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts
(Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts (Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG) (20. WP) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2502060009 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. SG2510300020 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. Gestaltung des Deutschland-Stacks**Beschreibung:**

VITAKO begrüßt den Aufbau eines Deutschland-Stacks wie im Koalitionsvertrag vorgesehen. Durch die Beteiligung der öffentlichen IT-Dienstleister kann der Aufbau und die Nutzung des Deutschland-Stacks effektiv vorangebracht werden. Darüber hinaus muss der Bund darauf achten, Basiskomponenten wie die Bund-ID sowie deutschlandweite Plattformen wie die Deutsche Verwaltungscloud in den Stack zu integrieren. Öffentliche IT-Dienstleister müssen frühzeitig in die Entwicklung von Basiskomponenten eingebunden werden. Der Bund muss Anreize für die Nutzung des Deutschland-Stacks vorsehen und dabei auf eine Konsolidierung der arbeitsteiligen öffentlichen IT-Dienstleister achten. Darüber hinaus braucht es zusätzliche Mittel für Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Deutschland-Stacks.

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606010012 (PDF - 23 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

6. Zukunftsbild für kommunale IT-Dienstleister. Kommunale IT. Kräfte bündeln.**Beschreibung:**

Angesichts wachsender Aufgaben und technologischer Entwicklungen wie Cloud, Automatisierung und KI müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam eine leistungsfähige digitale Infrastruktur aufbauen. Strategische Kooperationen und Bündelung werden zum verbindlichen Regelfall. Die kommunalen IT-Dienstleister sind bereit, sich auf ihre Stärken zu spezialisieren; ein modulares Gesamtsystem kann entstehen. Gefordert sind nun auch Träger und Politik: Sie müssen Strukturveränderungen zulassen und mehr Handlungsfreiheit gewähren

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu];

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.600.001 bis 1.610.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

VITAKO-Pruefungsbericht-2025-WP_0_37110_69048_2025_100qSUP-1.pdf